



Umsetzung der geschlechtersensiblen Sprache für die Verwaltung der Landeshauptstadt Stuttgart

SDG 5

Kontext

Die gleichberechtigte Verwendung von weiblichen und männlichen Formen in der Sprache war zwar sicher ein Fortschritt, grenzt aber dennoch viele Menschen aus, die sich in dieser gesellschaftlich-kulturellen Zweiteilung (Binarität) nicht wiederfinden. Als Dienstleisterin und Partnerin ist es für die Stadt Stuttgart wichtig, die Kommunikation so zu gestalten, dass sich möglichst alle Menschen angesprochen und wertgeschätzt fühlen.

Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 2017²⁵ zur „Dritten Option“ neben den Geschlechtern weiblich und männlich ist nun eine geschlechtersensible Sprache gefordert, die Menschen weiterer Geschlechtsidentitäten, wie zum Beispiel intergeschlechtliche und nicht-binäre Personen, einbezieht und sichtbar macht. Seit diesem Beschluss ist es begründungsbedürftig, wenn diese dritte Geschlechtsoption nicht mitbenannt oder einbezogen wird.

Beschreibung/Umsetzung

Um eine gleichberechtigte und faire Behandlung von Frauen, Männern und anderen Geschlechtern (Diversen) im Sprachgebrauch zu erreichen, hat die Landeshauptstadt Stuttgart „Hinweise zur Umsetzung der geschlechtersensiblen Sprache“ zusammengestellt und als Umsetzungsempfehlung im Intranet veröffentlicht. In regelmäßigen Abständen werden aktuelle Entwicklungen und Fragestellungen durch die Koordinierungsstelle Gender / LSBTTIQ bei der Abteilung für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern aufgegriffen und in die Umsetzungsempfehlungen eingearbeitet.

Die Hinweise regen die Verwendung des Gendersternchens (*) an, die Erweiterungen von Formularen und Ansprachen um weitere Geschlechter und die Vermeidung von geschlechtsspezifischen Rollenklischees. Die geschlechtersensible Sprache bezieht sich immer auf Menschen. Institutionen, Organisationen, Gegenstände werden mit ihrer grammatikalisch richtigen Geschlechtsform bezeichnet. (z. B. die Landeshauptstadt als Arbeitgeberin, der Gemeinderat und seine Mitglieder). Auch Fach- und Rechtsbegriffe sind von den Umsetzungsempfehlungen ausgenommen.

Erfahrung/Ergebnisse

Eine pragmatische Grundhaltung soll alle Beteiligten ermutigen, die alltägliche Kommunikation situationsangemessen, sachangemessen und wertschätzend für alle zu gestalten und sich des eigenen Sprachhandelns bewusst zu werden. Die bisherige Praxis zeigt, dass diese Empfehlungen bereits rege Anwendung finden, beispielsweise in Gemeinderatsdrucksachen, in Gesetzestexten, im Fortbildungsprogramm, bei Ankündigungen von Veranstaltungen.

Referat/Amt/Eigenbetrieb

Abteilung für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern